Nr. 596
B 295
Abend-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 18. Dezember 1929
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin-Dahlem. Manuskripte werden nur zurückgesandt wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3688. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die neuen Getreidezölle

Weizenpreis durchschnittlich 260 Mark

Die Regierungsparteien — Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei — haben sich über die Agrarzölle geeinigt. Entsprechend ihren gemeinsamen Anträgen wurden vom Handelspolitischen Ausschuß des Reichstags mit 18 gegen 6 Stimmen folgende Beschlüsse gefaßt:

Wenn die Entwicklung der Weizenpreise es erfordert, soll die Regierung den Zollsatz für Weizen und Spelz bis auf den Betrag von 3,50 Mark für einen Doppelzentner herabsetzen oder bis auf den Betrag von 9,50 Mark heraufsetzen. **Hierbei hat ein Preis von 260 Mark pro Tonne als Durchschnittspreis zu gelten.** Die Notwendigkeit einer Aenderung des Zollsatzes ist jeweils spätestens nach Ablauf einer Frist von vier Monaten zu prüfen. Die erstmalige Prüfung hat auf Grund der durchschnittlichen Preisentwicklung vom 1. September bis 31. Dezember 1929 zu erfolgen.

Ein entsprechender Beschluß wurde für den Roggenzoll gefaßt, der nach unten auf 3 M, nach oben auf 9 M begrenzt werden soll. Als Durchschnittspreis für eine Tonne Roggen sollen 230 M gelten.

Für die Einfuhrscheine gelten folgende Bestimmungen: „Der Wertbestimmung des Einfuhrscheines ist der niedrigste (im Zolltarif vorgesehene allgemeine oder vertragsmäßige) Zollsatz der betreffenden Fruchtgattung, bei Hafer der Betrag von 6 M für einen Doppelzentner zugrunde zu legen. Bei Roggen ist der Wertbestimmung des Einfuhrscheines ein Betrag von 6 M für einen Doppelzentner und bei Weizen und Spelz ein Betrag von 6,50 M für einen Doppelzentner zugrunde zu legen, solange der Zollsatz für Roggen nicht den Betrag von 6 M und bei Weizen und Spelz nicht den Betrag von 6,50 M unterschreitet. Die Reichsregierung wird jedoch ermächtigt, bei der Ausfuhr von Roggen die Erteilung von Einfuhrscheinen an Bedingungen zu knüpfen. Ferner wird bei der Ausfuhr von im Inland erzeugter Gerste mit einem Hektoliter-Gewicht von mehr als 67 Kilogramm bis zu einer Höchstmenge von 500 000 Doppelzentner in einem Kalenderjahr der Wertbestimmung des Einfuhrscheines ein Betrag von 6,50 M für einen Doppelzentner zugrunde gelegt; diese Einfuhrscheine dürfen nicht zur Bezahlung des Zolles für Gerste, die zur Viehfütterung bestimmt ist, benutzt werden."

In der Aussprache hatte Abg. **Schiele** erklärt, wenn schon Einfuhrscheine eingeführt würden, dann müßte ihr Wert dem Werte der Zölle angepaßt sein und für Roggen 9 M pro Doppelzentner betragen.

Reichsernährungsminister Dietrich erwiderte, bei einem Ausfuhrschein von neun Mark pro Doppelzentner Roggen wäre es möglich, den Zentner Roggen aus Ostpreußen für 4,50 M im Ausland anzubieten. Das wäre nicht nur eine Verschleuderung deutscher Produktionswerte, sondern das Ausland würde uns den Vorwurf machen, daß wir mit Reichsmitteln Dumping treiben. Wir wollen den geraden Weg gehen und versuchen, mit Polen zusammen die Roggenausfuhr zu regulieren. Zu diesem Zweck ist dem Antrag über die Festsetzung der Einfuhrscheine die Bemerkung angefügt, daß die Regierung die Ermächtigung erhält, die Erteilung von Ausfuhrscheinen an Bedingungen zu knüpfen.

Der Zollsatz für Braugerste wurde nach der Regierungsvorlage angenommen; für Hafer wurde ein fester Zollsatz von 8 Millionen angesetzt.

Ferner wurde gemäß einem Antrag der Regierungsparteien beschlossen: der geltende Zollsatz für Malz von 12,75 RM bleibt solange in Kraft, als für Gerste ein Vortragszollsatz von 5 RM für einen Doppelzentner besteht.

Zu der Position der Regierungsvorlage, die Zollfreiheit für Reis zur Herstellung von Stärke vorsieht, beantragte Abg. **Stubbendorf** (Dnat) einen Zollsatz von 2,50 RM zum Schutze der deutschen kartoffelverarbeitenden Industrie.

Reichsernährungsminister **Dietrich**: Ein so verkehrter Antrag ist noch kaum gestellt worden. Im Reichswirtschaftsrat ist festgestellt worden, daß erstens die Stärke, die aus Reis bereitgestellt wird, aus Kartoffeln nicht hergestellt werden kann, zweitens die Reisstärke zu ganz anderen Zwecken verwendet wird als die Kartoffelstärke, und drittens die aus Reis hergestellte Stärke mindestens dreimal so teuer ist, wie die aus Kartoffeln hergestellte. Die Position wurde in der Fassung der Vorlage angenommen.

Mehl, Vieh und Fleisch

In den interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien wurde eine **Einigung über die Mehlzölle** erzielt. Die Schutzspanne soll 4,25 Mark betragen. Um dem Mehl den gleichen Schutz zuteil werden zu lassen, wie dem Getreide, soll jeweils dem 1½fachen Getreidezoll noch ein Betrag von 4,25 M zugeschlagen werden. Ueber die **Vieh- und Fleischzölle** ist keine Verständigung erfolgt. Man hofft aber, bis morgen zur Plenarsitzung noch zu einer Vereinbarung zu kommen. Voraussichtlich wird die Abstimmung freigegeben. An der endgültigen Annahme der Zollvorlage besteht kein Zweifel.

Terror gegen die Lambach-Gruppe

Deutschnationaler Klassenkampf

Hamburg, 18. Dezember | Ullstein-Nachrichtendienst

Die deutschnationale Opposition in Hamburg, die in dem Verband der deutschnationalen Vereine für die hamburgischen Stadtgebiete bereits gut organisiert ist, hatte zu einer Versammlung geladen, in der Reichstagsabgeordneter Walter Lambach mit den Diktaturmethoden Hugenbergs abzurechnen gedachte.

In dem Verlauf der Versammlung spiegeln sich die Zustände wieder, die gegenwärtig bei der deutschnationalen Rechten herrschen. **Lärmtrupps, die von den Nationalsozialisten, dem Stahlhelm und der Bismarckjugend gestellt wurden,** sorgten dafür, daß die sachlichen Auseinandersetzungen in einem einzigen, fast zweistündigen, ununterbrochenem Tumult untergingen.

Der Lärm begann, als Lambach sich für eine wahrhaft konservative Tätigkeit einsetzte und sich gegen die Politiker wandte, die gegenwärtig erklären, das ganze System müsse erst zusammenbrechen. Da kein organisierter Saalschutz vorhanden war, waren die Lambachanhänger fast machtlos gegen die systematisch randalierenden Ruhestörer. Schließlich weigerte sich während der Diskussion ein Redner der Radikalen, die Rednertribüne wieder zu verlassen. Das war das Zeichen zu einem Generalsturm auf die Tribüne und zu einem erbitterten Handgemenge.

Erst die republikanische Hamburger Polizei vermochte die deutschnationalen Brüder zu trennen. Diese Vorfälle haben die Gegensätze in den deutschnationalen Reihen sehr verschärft und den Auseinandersetzungen jetzt eine Art offenen Klassenkampfcharakter gegeben.

Wieder ein Austritt

Der Geschäftsführer des Gesamtverbandes deutscher Angestellten-Gewerkschaften, Georg **Brost**, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, hat seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt. Er begründet diesen Schritt mit einem Schreiben, in dem es u. a. heißt: „Das Vorgehen des Parteivorsitzenden gegen die Arbeitnehmervertreter in der Partei und in der Fraktion hat die **persönliche Führerunfähigkeit des Geheimrats Hugenberg** so eindringlich bewiesen, daß es mir nutzlos erscheint, noch weiter Mitglied einer Partei zu bleiben, die bereit ist, sich solcher Führung dauernd unterzuordnen und sich damit selbst zur Bedeutungslosigkeit verurteilt."

Ist das Radium zu teuer?

Zu den Ausführungen über die Ueberteuerung des Radiums in der „Vossischen Zeitung" vom 6. Dezember äußert sich der durch seine Teilnahme an dem Polarflug Nobiles bekannte Prager Radiologe Dr. Behounek folgendermaßen:

Vor zehn Jahren, als Joachimsthal in Böhmen noch der einzige Fundort war, kostete ein Milligramm Radium 120 Dollar. Später hat man radiumhaltiges Gestein auch in den Vereinigten Staaten entdeckt, hat aber dort das wertvolle Metall nur zu Forschungszwecken verwendet und wirtschaftlich nicht ausgewertet. Aus den Mitteln einer Stiftung von hundert Millionen Dollar wurde es zu wissenschaftlichen Zwecken erworben. Der Regierpreis der Radiumproduktion war hier geringer als in Joachimsthal, er belief sich auf achtzig Dollar für das Milligramm, und kam mit einem Agio von 20 Dollar in den Handel.

Einen Umschwung brachte die Entdeckung großer Radiumvorkommnisse in Katanga im belgischen Kongogebiet (1922). In den dortigen Kupferbergwerken wurden als Nebenprodukte Uranerze gewonnen, die stark radiumhaltig waren. Das Radium wurde zusammen mit dem Kupfer nach Europa verfrachtet, die Transportspesen waren daher gering, und ein kolossaler Preissturz des Radiums, bis auf 70 Dollar für das Milligramm, war die Folge. Bis heute ist das Radium noch um weitere 20 Dollar für das Milligramm im Preise gesunken: man erhält es heute bereits für 50 Dollar. Dieser Preis wird allerdings mehrere Jahre hindurch stabil bleiben.

Die Entdeckung radiumhaltiger Uranerze im belgischen Kongogebiet hat die **Rentabilität der Radiumgewinnung in Joachimsthal vernichtet.** Joachimsthal arbeitet heute mit großen Verlusten und verkauft sein Radium tief unter dem Herstellungspreise. Lediglich aus sozialen und Prestigegründen hat man die Radiumgewinnung aus Pechblende nicht eingestellt. Die Arbeit in den Joachimsthaler Werken geht in fünfhundert Meter Tiefe vor sich. Es sind dabei etwa tausend Arbeiter beschäftigt, die schweren gesundheitlichen Schädigungen ausgesetzt sind. Außer in Katanga und Joachimsthal wird nur noch in Tuna Mynun in Turkestan Radium in kleinen Mengen gefunden. America hat sein unrentable Produktion längst eingestellt.

Jährlich werden auf allen Fundstätten zusammen 20 Gramm Radium gewonnen. 95 Prozent davon werden für klinische Zwecke, 5 Prozent für Forschungen verwendet. Die gegenwärtig auf der Welt vorhandene Radiummenge beträgt 270 Gramm. Was die Verwendung des Radiums zur Heilung des Carcinoms anbelangt, so ist der Erfolg einer Radiumbehandlung ebenso unsicher, aber auch nicht unsicherer als der einer Operation. Die Radiumbehandlung hat überdies eine günstige psychologische Wirkung auf den Patienten und wirkt außerordentlich schmerzlindernd. Ihre Kosten sind etwa ebenso hoch wie die **einer Operation** durch einen Chirurgen mit gutem Namen.

Pertinax hilft

Der Außenpolitiker des nationalistischen „Echo de Paris", der unter dem Pseudonym Pertinax schreibt, bringt die Meldung, der englische Schatzkanzler Snowden stelle plötzlich das Verlangen, daß in den Young-Plan „Sanktionsbestimmungen" aufgenommen würden, für den Fall, daß Deutschland zahlungsunwillig werde. Pertinax meint, daß Snowden nicht gleich an die Wiederbesetzung des Ruhrgebietes oder des Rheinlandes denke, aber vielleicht an die Reaktivierung der Reparationskommission.

Die Reparationskommission spielt sei dem Abschluß des Dawes-Vertrags keine Rolle mehr. Von „Sanktionen" ist ebenfalls seit dem Londoner Abkommen keine Rede mehr. Und soweit der Young-Plan in Betracht kommt, kann es sich höchstens darum handeln, die Londoner Vereinbarungen zu bestätigen, vielleicht auch zu erweitern. Darüber hat man sich ja auch auf der Haager Konferenz im Sommer unterhalten.

Snowden wird sehr überrascht sein, aus dem „Echo de Paris" zu erfahren, daß er mit einemmal so besorgt um die Wiederbelebung des Sanktions-Systems sei. Aber der englische Schatzkanzler wird sofort begreifen, daß Pertinax, der eifrige Nationalist, aus begreiflicher Vorsicht solche gewagte Pläne lieber einem englischen Minister zuschiebt, als dem französischen Ministerpräsidenten, obwohl er offenbar Herrn **Tardieu** für die Haager Schlußkonferenz aufstacheln will. Wir wollen unsererseits Herrn Snowden aus dem Spiel lassen, an dem er nicht beteiligt ist; aber wir wollen das Treiben der französischen Nationalisten wohl beachten, die für die Haager Schlußkonferenz neue Schwierigkeiten erfinden möchten, teils im eigenen Interesse, teils aus Freundschaft für die deutschen Nationalisten, die solche Hilfe gut brauchen können.